

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 92 (1998)
Heft: 5

Buchbesprechung: Solidarität ist das falsche Wort : kritische Bemerkungen zum
"Brunner-Bericht"

Autor: Lang, Josef

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Solidarität ist das falsche Wort

Kritische Bemerkungen zum «Brunner-Bericht»

Wie ist der «Bericht der Studienkommission für strategische Fragen», der nach seinem Vorsitzenden benannte «Brunner-Bericht», aus einer friedenspolitischen Sicht zu beurteilen? Als «Abkehr vom (militärisch imprägnierten) Mainstream» hat Andreas Gross ihn im letzten Märzheft gewürdigt, als möglichen, aber durchaus noch fragwürdigen Auftakt zu einem «Paradigmenwechsel». Dagegen vermisst Josef Lang an diesem Bericht die globale Solidarität, ja, er wirft ihm vor, die Armee neu zu legitimieren. Red.

Globale Verantwortungslosigkeit

Divisionär a.D. *Gustav Däniker* brachte am «Bericht der Studienkommission für strategische Fragen», der inhaltlich bloss den «von Bundesrat Ogi und seiner Generalität seit einiger Zeit eingeschlagenen Weg» legitimiere, eine aufschlussreiche Kritik an: Der Begriff «Schweizer Solidaritätskorps» enthalte eine «verfehlte Semantik». In einer Beilage zur Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift (4/1998) führte der militärische Vordenker aus: «Die Bezeichnung ist falsch und gefährlich. Es geht hier nicht um Solidarität wie zu Recht in humanitären Belangen, sondern um die kraftvolle Umsetzung eines festen Willens, unsere ureigenen Interessen dort wahrzunehmen, wo sie am besten wahrzunehmen sind, nämlich in der Stabilisierung unseres Umfelds zusammen mit Gleichgesinnten.»

Tatsächlich gilt die Solidarität des Brunner-Berichts jenem Teil der Welt, mit dem er sich identifiziert: dem durch *Nato* und *Schengener Abkommen* definierten – auf deutsch: abgegrenzten – Teil. Er ist zu schützen vor den Problemen, welche der andere Teil schafft: «Migrationsbewegungen», «übersteigerter Nationalismus», «religiöse Fundamentalismen» usw. Die Führung in diesen Auseinandersetzungen steht der *USA* zu: «Dieses Land schwankt zwischen einem starken Bewusstsein der globalen Verantwortung und einem ebenso

ausgeprägten Zögern, die Rolle eines internationalen Gendarmen zu übernehmen, sobald amerikanische Interessen nicht unmittelbar betroffen sind.» Mit ihrem «entscheidenden Eingreifen» zeige die «einzige Supermacht», «dass nur sie den Willen und vor allem die militärischen Mittel habe, um bei regionalen Krisen eine entscheidende Rolle zu spielen».

Das Kapitel zur «geostrategischen Lage», das die «anderen westlichen Demokratien» kritisiert, «sich weniger verantwortlich zu zeigen», liest sich wie ein Plädoyer für die *harte Linie des Pentagon* in der jüngsten Irak-Krise. Es erinnert an die Aussage eines schwedischen Diplomaten aus den 80er Jahren: «Die Schweiz ist nato-treuer als die Nato selbst.» Lesen wir das Lob auf die *USA* vor dem Hintergrund der beiden grössten Sicherheitsprobleme, mit denen die Menschheit konfrontiert ist, dem wachsenden Gefälle zwischen Arm und Reich und der Klimaerwärmung! Spielt die *USA*, beispielsweise gegenüber Lateinamerika, eine entscheidendere Rolle bei der Bekämpfung oder bei der Schaffung von Massenelend? Gibt es ein Land, das sich klimapolitisch verantwortungsloser verhält? Fünf Prozent der Weltbevölkerung verursachen einen Viertel der globalen CO₂-Emissionen. Mit ihrem «entscheidenden Eingreifen» behindern die Bush- und Clinton-Regierungen seit zehn Jahren jeden echten Fortschritt in der Bekämpfung des Treibhauseffekts.

Autoritärer Hobbes statt liberaler Kant

Die Kommission Brunner begründet ihre einseitige Ausrichtung mit den «von uns geteilten Werten». Welche sind das in der *Sozial-, Umwelt- und Entwicklungspolitik*? Wie vertragen sie sich mit der Todesstrafe in den USA? Wie glaubwürdig ist die Berufung auf die Menschenrechte, wenn sie, wie die westliche Kuschelpolitik gegenüber China zeigt, den Wirtschaftsinteressen untergeordnet werden? Was bedeuten sie angesichts der Kurdenpolitik des Nato-Staates Türkei?

Die Aufklärung jedenfalls kann als «gemeinsamer Wert» nicht gemeint sein. Die Kommission Brunner gründet – im Gleichschritt mit dem militärlastigen US-amerikanischen Sicherheitsverständnis – nicht auf dem freiheitlichen Immanuel Kant, sondern auf dem autoritären Thomas Hobbes. Dieser zog im 17. Jahrhundert aus den Erfahrungen der konfessionellen Kriege den Schluss, dass «der Mensch des Menschen Wolf» sei und deshalb nur durch eine autoritäre Obrigkeit, einen «Leviathan», zu pazifizieren sei. Die Nato, ein Produkt des Kalten Krieges, der eigentlich zu Ende gegangen ist, droht zum *globalen «Leviathan»* des 21. Jahrhunderts zu werden. Bestens zu Hobbes passt auch die Befürwortung von Armee-Einsätzen gegen innen und gegen Flüchtlinge, einer verstärkten Überwachung der Gesellschaft, der Medienzensur, einer Militarisierung der Terror- und Kriminalitätsbekämpfung.

Kant, der weltbürgerliche Vordenker des politischen Liberalismus, ging im 18. Jahrhundert davon aus, dass sich *Demokratien und Menschenrechte* aus den Gesellschaften selber entwickeln müssen. Und das, gerade weil es sich um universelle Werte handelt, auch können. Selbst wenn gewisse Einsichten des Autors des «Ewigen Friedens» angesichts der Erfahrungen des 20. Jahrhunderts kritisch zu hinterfragen sind, bleibt seine Grundlogik gültig: Wer den Frieden will, bereite den Frieden vor! Was das heute bedeutet, zeigt das westliche Versagen gegenüber Kosova: Wer jahrelang politisch untätig bleibt und um der Stabili-

tät willen einem Tyrannen und Kriegstreiber den Rücken stärkt, läuft Gefahr, wenn es brenzlich wird, vorschnell zur Waffe zu greifen. Damit aber löst er keine Konflikte, schlimmstenfalls heizt er sie an, bestenfalls friert er sie ein – für eine gewisse Zeit!

Nicht gestellte Fragen

Dass auch die *geschlechterpolitischen Diskussionen* der letzten Jahrzehnte an der Kommission völlig vorbeigelaufen sind, enthüllt die ewiggestrige Verbindung von Waffe und Würde. Im Zusammenhang mit der Ausrüstung der «Gelbmützen» bedauert die Kommission: «Die Schweizer haben nur Polizeihunde.» Ein «freier Mann», bei dem sich «ehrlos» noch auf «wehrlos» reimt, ist wirklich auf den Hund gekommen, wenn er auf den Schutz von Afrikanern und Asiaten oder von Afrikanerinnen und Asiatinnen angewiesen ist.

Wohl um den Eindruck zu bestärken, beim Brunner-Bericht handle es sich um ein fortschrittliches Dokument, wurde in den Medien hervorgestrichen, dass selbst der bekennende Pazifist *Andreas Gross* ihm zugestimmt habe. Damit sind andere Kommissionsmitglieder, die sich im Bericht mindestens so deutlich wiedererkennen dürften, übergangen worden. Beispielsweise hätte man den Nidwaldner Nationalrat *Edi Engelberger* fragen können, wie er seine politische Lobbyarbeit für die Pilatus-Flugzeuge mit dem Brunner-Bericht zusammenbringt. Die wahrscheinliche Antwort, das habe miteinander nichts zu tun, wäre nicht einmal so falsch. Chiapas, Guatemala, Burma, Kurdistan liegen ausserhalb der Welt, mit der sich die Kommission Brunner identifiziert und solidarisiert.

Der ersten aller Fragen wichen sowohl Däniker als auch die Strategie-Kommission aus: Braucht die Schweiz überhaupt noch eine Armee? Wer diese Einrichtung nicht als gottgegeben betrachtet, der kann sich des Eindrucks nicht erwehren: Das Ausgreifen ins *Zivile* und *über die Grenzen* dient erstrangig dazu, eine arbeitslos gewordene Institution davor zu bewahren, «ausgesteuert» zu werden.